

Medienmitteilung ÖBS-Grüne

Parolenfassung zu den Abstimmungen vom 21. Mai 2017

Drei Mal Ja - Ja zur Energiestrategie!

Die ÖBS steht hinter der Energiestrategie. Einstimmig fassten die ÖBS-Mitglieder deshalb die Ja-Parole zur Revision des Energiegesetzes. Die Vorlage ist ein guter Kompromiss. Sie fördert die Energieeffizienz und die Produktion von erneuerbarer Energie in der Schweiz und ist ein wichtiger Schritt hin zu einer ökologischen Energiepolitik ohne Atomkraft. Der Bau neuer Atomkraftwerke wird nämlich verboten. Mit der Energiestrategie werden schrittweise Teile der importierten Energie eingespart und es wird auf einheimische Energieproduktion gesetzt. Damit findet die Wertschöpfung im Inland statt. Deshalb unterstützen nicht nur Grüne Kreise diese Energiestrategie, sondern es besteht eine breite Allianz von über 150 nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, Organisationen aus der Wirtschaft, Umweltverbänden und von Kantonen, Städten und Gemeinden. Die Gegner haben keine brauchbaren Alternativen, deshalb sind ihre populistischen Horrorszenarien lächerlich und gehen völlig an der Realität vorbei. Das Ja zum Energiegesetz nützt uns allen!

Zweimal Ja auf kantonaler Ebene

Die ÖBS sagt einstimmig Ja zur Volksinitiative "Keine Steuergeschenke an Grossaktionäre". Seit 2004 werden Dividenden und andere Beteiligungserträge zum halben Satz des Gesamteinkommens versteuert, wenn der Empfänger zu mindestens 10 Prozent am Unternehmen beteiligt ist. Dieser Steuerrabatt soll durch die Initiative wieder rückgängig gemacht werden. Die Gründe dafür sind einleuchtend: Einkommen aus Renten und Löhnen müssen zu 100 Prozent besteuert werden, ebenso Dividenden von Kleinaktionären. Es ist ungerecht, wieso ausgerechnet Grossaktionäre massiv bevorzugt werden sollen durch diesen Steuerrabatt. Die 10%-Grenze ist völlig willkürlich. Auch das Argument der Doppelbesteuerung geht völlig an der Realität vorbei, da viele der betroffenen Firmen schon jetzt den Gewinn nicht doppelt versteuern. Zudem kann der schädliche Anreiz vermindert werden, dass Einkommen als Dividende anstatt Lohn ausgezahlt wird und so keine Sozialabgaben gezahlt werden müssen. Da die Unternehmenssteuern sowieso stark gesenkt werden, wäre eine allfällige Doppelbelastung sowieso nicht mehr gegeben. Allein schon aus Gründen der Steuergerechtigkeit ist ein Ja zu dieser Initiative überfällig!

Ein einstimmiges Ja gibt es von der ÖBS auch zur Änderung des Justizgesetzes. Die ÖBS ist für die Zusammenlegung der Friedensrichterämter zentral in der Stadt Schaffhausen. Augenscheine mit anschliessender Verhandlung vor Ort sind nach wie vor überall im Kanton möglich. Die Zusammenlegung ermöglicht einfachere Abläufe und eine effizientere und professionelle Arbeitsweise.

Schaffhausen, 24.4.2017

Stefan Bruderer, Präsident a.i. ÖBS-grüne

Für Rückfragen: 077 412 11 68 (Mobile) / s.bruderer@oekoliberales.ch (E-Mail).